

Mit „Asterix“ gegen Menschenhandel und Organisierte Kriminalität:

Anti-Menschenhandels-Szene immer dubioser

Kritische Anmerkungen von Doña Carmen e.V.

In jüngst veröffentlichten Presse-Artikeln (www.freie Presse.de, 12.06.2014) wurde bekannt, dass die Vorsitzende des in Sachsen ansässigen Vereins Karo e.V., Cathrin Schauer, für den sächsischen Verfassungsschutz gearbeitet und dafür Geld angenommen haben soll.

Karo e.V. gehört zu den mittlerweile zahlreichen, wie Pilze aus dem Boden sprießenden Organisationen, die vorgeben, gegen „Zwangsprostitution, Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung von Kindern“ Front zu machen.

Ausweislich der Presseberichterstattung, die sich auf Ausführungen vor dem Untersuchungsausschuss zum so genannten „Sachsensumpf“ beziehen, hat Cathrin Schauer als Geschäftsführerin des Vereins KARO 2005 und 2006 Informationen an das Landesamt für Verfassungsschutz weitergegeben, die sie für Hinweise auf Straftaten hielt. Dabei **„sei es um Dinge gegangen, mit denen sie bei ihrer Arbeit konfrontiert wurde, zum Beispiel Erlebnisse ihrer Klienten oder Informationen aus Foren und Netzwerken, in denen sie mitarbeite.“** (www.freie Presse.de, 12.06.2014)

Eine solche Tätigkeit als Informantin ist keineswegs so ungewöhnlich, wie es die Presse hinsichtlich Karo e.V. darstellt. Dieser Verein hat über viele Jahre hinweg EU-Gelder für seine Projekte bezogen. Die EU wiederum hat klare Erwartungen an die Akteure, mit denen sie im Kampf gegen den so genannten „Menschenhandel“ kooperiert.

Deutlich formuliert sind solche Zielvorgaben in der „**Brüsseler Erklärung**“, die auf einer 2002 von EU-Kommission und IOM ausgerichteten Konferenz gegen Frauenhandel in Brüssel verabschiedet wurde. Diese programmatische Erklärung forderte, die „unsichtbare Ausbeutung“ sichtbar zu machen durch ein „**Programm zur Überwachung, administrativen Kontrolle und Informationsgewinnung auf den Sex- und Arbeitsmärkten**“. Insbesondere die Zusammenarbeit mit NGOs sollte zum Ziel haben, „**die Sex- und Arbeitsmärkte einer deutlich sichtbaren Überwachung zu unterstellen und intern Informantennetze aufzubauen**“, die als

„Frühwarnsystem“ für Menschenhandel und illegale Beschäftigung fungieren sollten. (zit. nach „Brüsseler Erklärung“ vom 18./20.09.2002, S. 8 u. 9)

Cathrin Schauer räumte vor dem Sächsischen Untersuchungsausschuss den Pressemeldungen zufolge ein, sie habe sich **„als eine Art Informationsgeberin gesehen“**. (www.freie Presse.de, 12.06.2014)

Gleichwohl hat sie wohl behauptet, **„der Verein habe mit ihrer Informantentätigkeit nichts zu tun.“** Das erscheint wenig glaubwürdig. Bereits 2008 geriet Karo e. V. in die Schlagzeilen, als im Zuge der Ermittlungen zum „Sachsensumpf“ die Vereinsräume von Karo durchsucht und mehrere Ordner mit Unterlagen beschlagnahmt wurden. Der Grund: Ein ehemaliger Mitarbeiter des Verfassungsschutzes, dem Geheimnisverrat vorgeworfen wurde und der daraufhin zur Polizei versetzt wurde, war gleichzeitig als ehrenamtlicher Helfer des Vereins Karo e.V. tätig! (vgl. Berliner Zeitung, 02.06.2008)

Nun wurde bekannt, dass der Verfassungsschutz die unter dem Decknamen „Asterix“ geführte Informantin Schauer 2006 zwar abschaltete, die Zusammenarbeit aber offenbar weiterlief, da nun ein Mitarbeiter der Referatsleiterin für Organisierte Kriminalität des sächsischen Verfassungsschutzes die „Betreuung“ von Schauer übernahm und beide bei dieser Gelegenheit eine Beziehung eingingen, wie Schauer gegenüber dem Ausschuss einräumte.

Wenn die Berichterstattung der „Sächsischen Zeitung“ bzw. der „Freien Presse“ zutreffend ist, dann hat Frau Schauer, die sich gerne in Medien öffentlich darüber beklagt, dass Frauen in der Prostitution von ihren „Zuhältern“ überwacht werden, sich selbst in Kooperation mit dem Verfassungsschutz an deren Überwachung beteiligt.

Auf ihrer Internetseite behauptet Schauer zwar, „zu keiner Zeit“ für den Verfassungsschutz gearbeitet zu haben. Gleichwohl wirft sie der über sie berichtenden Journalistin vor, diese habe zum Teil wörtlich aus dem Protokoll des Untersuchungsausschusses zitiert. Eine Informationsweitergabe an den Verfassungsschutz oder die Annahme von Geld wagt Schauer gar nicht erst zu bestreiten, behauptet aber gleichwohl, die „Verschwiegenheitspflicht“ gegenüber ihren Klienten dabei „stets gewahrt“ zu haben. Morgen kommt der Osterhase.

Vielleicht erklärt Frau Schauer dies einmal direkt ihren Klientinnen und erläutert ihnen ihre spezielle Art der Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz.

Die Berichterstattung über ihre Person empfindet Frau Schauer selbstredend als „diffamierend“: „Den Nutzen hiervon trägt einzig die Organisierte Kriminalität“, behauptet sie. Welch eine maßlose Selbstüberschätzung zu glauben, der Verzicht auf die Enttarnung ihrer Rolle für den Verfassungsschutz wäre zum Nachteil der „Organisierten Kriminalität“!

Diese Art der Verblendung und Abwehr kritischer Berichterstattung durfte man jüngst bei Alice Schwarzer im Zusammenhang der Aufdeckung ihrer Steuerhinterziehung bestaunen. Schwarzer war es übrigens, die den Verein Karo vor zehn Jahren mit der hübschen Summe von 125.000 Euro unterstützte. Offensichtlich aber hat die Geldspritze von Schwarzer nicht ausgereicht und musste sich Frau Schauer beim sächsischen Verfassungsschutz noch Geld dazu verdienen.

„Mission Freedom“

Die Berichterstattung über dubiose Organisationen in der Anti-Menschenhandels-Szene nimmt zu. Erst im Dezember 2013 machte der Hamburger Verein „Mission Freedom“ von sich reden. Auch dieser Verein ist - im Namen des Herrn - gegen „Zwangsprostitution“ und „Menschenhandel“ unterwegs, durfte sich auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag im Mai 2013 in Form eines Werbefilms mit der Geschichte einer jungen Frau präsentieren, die nach Angaben des Hamburger LKA jedoch frei erfunden war. Der Werbefilm, den „Mission Freedom“ mit der jungen Frau drehen ließ, beruhte nach Angaben der taz auf einem Geflecht von Lügen.

Zudem behauptete der Verein, dass sexueller Missbrauch durch religiöse Praktiken und Gebete heilbar sei. Derartigen Schwachsinn fand der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) offenbar derart beeindruckend, dass er dem Verein „Mission Freedom“ im Februar 2014 für sein „herausragendes bürgerschaftliches Engagement“ öffentlich einen mit 20.000 Euro dotierten Preis verlieh. In der auf die Preisverleihung folgenden Debattenrunde zum Thema „Erlauben? Verboten? Prostitution in Deutschland“ diskutierten mit der umstrittenen „Mission-Freedom“-Vorsitzenden Wentland Frau Kahl-Passoth, Ex-Chefin der Diakonie von Berlin-Brandenburg und die unvermeidliche Stuttgarter Caritas-Mitarbeiterin Sabine Constabel. Die Diakonie in Hamburg stellt sich bezeichnenderweise immer noch vor diesen dubiosen Verein. Da merkt man, woher der Wind weht.

Man muss sich keineswegs auf diese beiden hier angeführten Extrembeispiele kaprizieren, um die Organisationen der Anti-Menschenhandels-Front dubios zu finden.

Netzwerk von Fachberatungsstellen gegen Menschenhandel

Es gibt mittlerweile ein ganzes Netzwerk so genannter „Beratungsstellen gegen Menschenhandel“. In Deutschland sind es zur Zeit rund 45 Fachberatungsstellen. Die meisten von ihnen - 37 Organisationen - sind Mitglied im „Bundesweiten Koordinierungskreis gegen Frauenhandel und Gewalt an Frauen im Migrationsprozess“ (KOK e.V.) – eine Organisation, die institutionell dem BKA zusammenarbeitet und im Namen des „Opferschutzes“ die Verpolizeilichung der Zivilgesellschaft vorantreibt.

Auf einer im März 2009 ausgerichteten Tagung der Katholischen Akademie Trier zum Thema „Prostitutionsland Deutschland“, bezeichnete die BKA-Abteilungsleiterin Menschenhandel, Heidemarie Rall, den KOK e.V. in Anwesenheit von dessen Geschäftsführerin Naile Tanis lobend als „BKA der Fachberatungsstellen“. Unwidersprochen. Welch in Lob!

Karo e.V. aus Plauen ist ebenso Mitglied des KOK e.V. wie die Zweigstellen der katholischen Anti-Prostitutionsorganisation Solwodi e.V., aber auch bufas-Mitgliedsorganisationen wie Hydra / Berlin, die Dortmunder Mitternachtsmission, Nitribitt / Bremen oder Phönix e.V. / Hannover.

Die Zusammenarbeit mit repressiven staatlichen Organisationen gehört bei vielen dieser Mitgliedsorganisationen des KOK e.V. zum guten Ton. So arbeiten allein in 13 von 16 Bundesländern Beratungsstellen gegen Menschenhandel auf der Grundlage von Kooperationsvereinbarungen mit der Polizei. Ihre hauptsächliche Aufgabe ist es, Menschenhandelsopfer aufzuspüren, diese zu einer Zusammenarbeit mit der Polizei zu motivieren, und anschließend bei der „Rückführung“ von Nicht-EU-Migranten/innen in deren Herkunftsländer behilflich zu sein.

Eine Befragung aus dem Juli 2013

Dass diese Migranten/innen die ihnen angetragene Hilfe nicht immer wertschätzen – um es mal vorsichtig zu formulieren – ergibt sich aus einer jüngst vom Deutschen Institut für Menschenrechte in Berlin veröffentlichten Umfrage unter diesen Beratungsstellen. Die Befragung über die Auswirkung aufenthaltsrechtlicher Normen auf die Bereitschaft von Betroffenen, mit der Polizei in Fragen „Menschenhandel“ zusammenzuarbeiten, fand im Juli 2013 statt. Die Ergebnisse sind auf der Website des Deutschen Instituts für Menschenrechte nachzulesen. Sie wurden von diesem Institut im Auftrag der „Bund-Länder-Arbeitsgruppe Menschenhandel“ durchgeführt und praktischerweise gleich an offiziellen Stellen und Polizei durchgereicht.

Die Befragung hatte die Arbeit der „Fachberatungsstellen gegen Menschenhandel“ mit Drittstaats-Angehörigen, also Nicht-EU-Angehörige, zum Gegenstand, die – so die allgemein gehegte Vermutung - die entsprechenden Fachberatungsstellen zahlreich frequentieren würden.

Was war nun das Ergebnis der Befragung?

- (1) Von 45 angeschriebenen Fachberatungsstellen beteiligten sich **nur 22**, d. h. weniger als die Hälfte an der Befragung. Es ist anzunehmen, dass die übrigen Organisationen gar keine Betroffenen aus Drittstaaten betreuen oder Kontakt zu ihnen haben.

- (2) Von den 22 beteiligten Fachberatungsstellen gaben **nur 19** Fachberatungsstellen Zahlen zu Personen aus Drittstaaten an, die zu „Menschenhandel“ beraten wurden.
- (3) Die Untersuchung umfasste die Jahre 2009 bis 2012. In diesem Zeitraum wurden insgesamt 430 Personen aus Nicht-EU-Staaten beraten. **Pro Jahr** hatten die **22 Beratungsstellen** zusammen somit nur **143 Beratungsfälle**. Das sind pro Jahr und Beratungsstelle **weniger als 7 Fälle!**
- (4) Von den in **drei Jahren** beratenen 430 Personen wollten **nur 39 Personen** (9%) einen **Kontakt zur Polizei!**
- (5) Das sind - bezogen auf alle Fachberatungsstellen - **pro Jahr 13 Personen** oder **pro Jahr und Beratungsstelle nicht einmal 1 Person!**

Fazit: Solche Größenordnungen kontrastieren zu dem Wahnsinn offizieller Schätzungen zu „Menschenhandel“. Sie zeigen darüber hinaus, dass die Fachberatungsstellen keine effektive reale Bedeutung, sondern vor allem eine ideologische Bedeutung im Hinblick auf die Aufrechterhaltung bestimmter gesellschaftlicher Weltbilder haben.

Nicht wenige Beratungsstellen bemühen sich allein schon, um die eigene Existenz und den Zufluss öffentlicher Fördermittel nicht in Frage zu stellen, um eine kreative Beschaffung neuer Opfer. Als probates Mittel gilt die Beteiligung an Polizeirazzien. Nicht wenige der im KOK e.V. organisierten Beratungsstellen sind durch eine derartige Teilnahme an Razzien in die Polizeiarbeit eingebunden.

Fachberatungsstellen als Teilnehmer an Polizei-Razzien

Doch Razzien in Bordellen ergeben oft nicht das, was sich die Beteiligten erhoffen: viele Opfer von Menschenhandel. Das verdeutlicht der ernüchternde, ja teilweise enttäuschte Unterton in der Berichterstattung über die Razzien-Teilnahme von Anti-„Menschenhandels“-Organisationen.

Drei Beispiele mögen das hier belegen:

(1)

Im September 2009 berichtete der Rundbrief von Solwodi über die Teilnahme der in Stuttgart ansässigen Organisation **FIZ** (Fraueninformationszentrum) – Mitglied im KOK e.V. - an einer Razzia der Polizei:

„Als am 29. Juli 2009 das Flatrate-Bordell namens "Pussy-Club" in Fellbach bei Stuttgart geschlossen wurde, fuhren sofort zahlreiche Taxis vor, um 80 Rumäninnen – darunter 30 Roma-Frauen – weg zu schaffen. Die Polizei hatte im Vorfeld die Frauenberatungsstelle FIZ aus Stuttgart eingeschaltet, die mit SOLWODI kooperiert.

FIZ war bei der Razzia in Fellbach mit Dolmetscherinnen vor Ort, **FIZ hatte Unterkünfte für die Rumäninnen besorgt. Keine Chance!**
(zit. nach <http://www.solwodi.de/570.0.html>)

Die Schilderung erweckt den Eindruck, als seien die von der Razzia betroffenen Frauen direkt bei der Schließung des Bordells von anderen (vermutlich Hintermänner) per Taxis weggeschafft worden, sodass die betroffenen Rumäninnen die von FIZ besorgten Unterkünfte nicht in Anspruch nehmen konnten.

Tatsache war aber, dass bei der Razzia gegen den Fellbacher Pussy-Club am 26. Juli 2009 nicht nur das FIZ anwesend war, sondern rund 500 Polizeibeamte, daneben 10 Staatsanwälte, 30 Mitarbeiter der Finanzkontrolle Schwarzarbeit des Hauptzollamts Stuttgart, der Lebensmittelkontrolle, des Gewerbe- und Baurechtsamts sowie rund ein Dutzend Dolmetscher. Kontrolliert wurden sämtliche Mitarbeiter, Prostituierte und Kunden des Bordells (in Fellbach 89 Frauen und 176 Kunden). In Fellbach wurden allein 12 Personen verhaftet. Sämtliche Prostituierte wurden von der Polizei abgelichtet und ausführlich vernommen (deswegen auch die Dolmetscher).

Der entsprechende Bericht auf der Website des **Deutschen Roten Kreuzes** Leinfelden-Echterdingen, der offensichtlich ebenfalls in die Razzia einbezogen war, liest sich etwas anders als der Bericht von FIZ / Stuttgart und Solwodi – beide Mitglied im KOK e.V.:

„Die Polizei hatte etliche Damen abends zur Vernehmung in die Kriminalaußenstelle am Cannstatter Platz im Zentrum der Stadt gebracht. Nach den Befragungen wurden sie nach draußen entlassen – wo nach Augenzeugenberichten mehrere Dutzend Frauen ‚Zeter und Mordio schreiend‘ und die Koffer hinter sich herziehend durch die Gassen polterten. ***Bis weit nach Mitternacht hatten die Polizeibeamten alle Hände voll zu tun, den wieder zum Pussy Club strebenden Prostituierten den Zugang zum Bordell zu verwehren.*** „Die Stadt Fellbach hatte in einer Halle Notbetten vorbereitet“, erklärte Polizeisprecher Klaus Hinderer. Dieses Angebot lehnte der Großteil bis auf zehn Damen ab. Nach Kenntnis der Polizei quartierten sich die übrigen Frauen in umliegenden Hotels ein.“ (zit. nach: www.drk-le.de)

Dass Sexarbeiterinnen nach ihren Vernehmungen ins Bordell zurück wollten und keine Unterkunft von denen annehmen wollten, die sich mit der Polizei zusammen an der Vernichtung ihrer Arbeitsplätze beteiligten – davon las man bei Solwodi kein Wort.

(2)

Im Dezember 2012 konnte man in einem Rundbrief der Organisation Solwodi unter der Überschrift **„Mit der Polizei als Partner gegen Flatrate-Bordelle – SOLWODI begleitet Razzia“** folgendes lesen:

„Ende Oktober trat die Polizei an SOLWODI heran, eine Razzia in einem regionalen Flatrate Bordell zu begleiten. ... Vor Ort wurden ca. 15 Prostituierte angetroffen, mehr als von der Polizei erwartet. Je zwei Polizisten haben sich um eine Frau gekümmert, um sie als Zeugin mit zur Wache zu nehmen. Von den Freiern, die anwesend waren, wurden die Personalien aufgenommen. Auf dem Revier stellte die Polizei den Mitarbeiterinnen von SOLWODI einen eigenen Gesprächsraum zur Verfügung, so dass die Frauen vor oder nach ihrer Vernehmung die Möglichkeit hatten, unter vier Augen mit uns zu sprechen. Fünf Frauen, also ein Drittel der Prostituierten, nahmen das Angebot an.... Zwar haben alle Frauen bis auf eine einzige gesagt, dass sie unzufrieden sind und es sie kaputt macht, **jedoch hatte keine den Mut, etwas über die Umstände im Bordell zu sagen oder gar zuzugeben, dass sie in einer Notlage sei und Hilfe brauche....** Wir waren dennoch dankbar, unsere Organisation den Betroffenen direkt vorstellen, unsere Hilfe anbieten und unsere Notfalltelefonnummer da lassen zu können. ... Wir danken der Polizei für die sehr gute und vorbildliche Kooperation!“ (zit. nach: <http://www.solwodi.de/831.0.html>)

Das Beispiel verdeutlicht zweierlei:

- Anscheinend haben die so genannten Fachberatungsstellen von sich aus so gut wie keine Kontakte zu den Frauen; sie bekommen die Kontakte über die Polizei und deren Razzien.
- Die Sexarbeiter/innen bestätigen nicht die Vorstellung, dass sie in einer Notlage sind und von Polizei und deren Hilfsorganisationen gerettet werden wollen.

(3)

Am 22. April 2013 fand in **Saarbrücken** eine Bordellrazzia statt. 70 Beamte und Mitarbeiter der Steuerfahndung waren im Einsatz. Der Verdacht lautete auf Schleusung ausländischer Prostituierter. Mit von der Partie war die Saarbrücker Beratungsstelle „Aldona“, vormals „Hurenselbsthilfe Saarbrücken“ – ebenfalls Mitglied im KOK e.V. Über diese Razzia berichtete die „Saarbrücker Zeitung“:

„Den Frauen aus Rumänien und Bulgarien, die bei der Razzia in zwei Saarbrücker Bordellen angetroffen wurden, hat der Verein Aldona seine Hilfe angeboten. Er berät Prostituierte und Migrantinnen, die Opfer von Menschenhandel, Zwangsprostitution oder häuslicher Gewalt geworden sind. Die Pädagoginnen Barbara Filipak und Sabrina Müller von Aldona waren bei der Großrazzia mit dabei, um die Frauen direkt vor Ort beraten zu können. **„Keine von ihnen hat sich als Opfer gefühlt oder wollte dringend weg. Ängstlich waren sie auch nicht“**, sagt Filipak. Müller, die ein anderes Etablissement besuchte, bestätigt das: **„Die Frauen sind Polizeikontrollen gewöhnt und haben direkt ihre Ausweise geholt.“**

(zit. nach: <http://www.saarbruecker-zeitung.de/sz-berichte/saarland/Grossrazzia-im-Rotlicht-Milieu;art2814,4754544>)

Die hier aufgezeigten Aspekte der Arbeit von so genannten „Fachberatungsstellen gegen Menschenhandel“ verdeutlichen, dass die Ideologie der angeblich hohen Zahl

an Opfern von Menschenhandel den realen Erfahrungen schlicht widerspricht. Die eigentliche Bedeutung dieser „Fachberatungsstellen gegen Menschenhandel“ liegt nicht so sehr im viel zitierten „Opferschutz“, sondern vielmehr darin, der Öffentlichkeit durch Übertreibungen ihre eigene Wichtigkeit vor Augen zu führen und ganz nebenbei der Polizei - oder dem Verfassungsschutz - als Informant(inn)en zu Diensten zu sein.

Von dieser Möglichkeit hat offensichtlich auch Frau Schauer vom Plauener Verein Karo e.V. Gebrauch gemacht.

Wer ihr das vorwirft, darf über die mittlerweile übliche institutionalisierte Kooperation von Fachberatungsstellen und Polizei im Hinblick auf die Prostitutionsbekämpfung unter dem Deckmantel des Kampfs gegen „Menschenhandel“ nicht schweigen. Frau Schauer und ihr Verein Karo e.V. sind nur die Spitze des Eisbergs.